

Arbeitsdienstler von Klein-Schachwitz erneut im Streik

Dresden, den 11. November 1932.
Die 10 Jungarbeiter vom Arbeitsdienstlager Klein-Schachwitz, die schon am vergangenen Montag einmal die Arbeit niedergelassen, weil sie in der vorhergehenden Woche ihren Lohn nicht erhalten haben, sind gestern erneut in den Streik getreten, weil 23 Kollegen gemahnt wurden. Sie haben sich eine Kampfforderung gemacht und einstimmig folgenden Bescheid gefordert:

1. Sofortige Auszahlung aller rückständigen Gehälter.
 2. Kollektive Befreiung von Schichtarbeit und Arbeitsleistung.
 3. Zahlung verfallener Löhne.
 4. Zurückzahlung aller Vorkosten.
- Wir wissen, daß die Sympathie der gesamten werktätigen Bevölkerung auf unserer Seite ist, und daß sie unseren gerechten Kampf vollständig unterstützen wird.
- Die Arbeitsdienstler müssen am Rande der Stadt für den bürgerlichen Sportverein einen neuen Sportplatz errichten. Das Bauamt verweigert jedoch solche Arbeiten, aber von der Erwerbslosenunterstützung sind die Jugendlichen ausgeschlossen. Auch Wohlfahrtsunterstützung erhalten sie nicht.
- Alle bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, lehnen jeden Antrag der Kommunisten nach ausreichender Unterstützung der Erwerbslosen ab. Alle diese Parteien sind aber auch an der Organisation des Arbeitsdienstes beteiligt. Nur die SPD organisiert den Kampf gegen den Arbeitsdienst und gegen jeden Gehaltsrückstand. Befindet sich auch am kommenden

Samstag unsere Sympathien für die hungernden Jungarbeiter und wüßte die Mägen der Kommunisten!

Weitere Arbeitsdienstlager im Streik

Die Arbeitsdienstler in Mägeln sind geschlossen in den Streik getreten, weil ein Hungerlohn eingeleitet worden war, der vom Arbeitsamt genehmigt und vom Stadtrat bestimmt wurde.

Die Jungarbeiter des Arbeitsdienstlagers in Jöhren, die für den bürgerlichen Turnverein einen Sportplatz bauen müssen, sind in den Streik getreten, weil Lohnrückstände bis zu 20 Mark vorhanden sind. Sie fordern pro Tag 1,00 Mark erhalten. Der Lohn wird aber nicht ausgezahlt, weil angeblich kein Geld vorhanden ist. Nicht Mitglieder des bürgerlichen Vereines sind aus Protest gegen die Verhinderung der Arbeitsdienstler aus dem Verein ausgeschlossen.

Hallo, Genossen meldet euch!

Wir sind zu erreichen unter den Telefonnummern 17 258, 14 191 und 27 853. Gebt alle Wahlzettel eures Ortes zur Veröffentlichung an die Redaktion. Sie erscheinen in der antilichtlichen Nummer am Montag, dem 14. November, früh!

Blutiger Naziterror in Chemnitz

Starke Nazitruppe überfallen heimkehrende sozialdemokratische Arbeiter. 25 Schwere- und Leichtverletzte. Brecht den Terror durch Antifaschistische Aktion!

Die Führer der Hitlerpartei versuchen die Depression, die innerhalb der NSDAP und besonders innerhalb der SA über die schwere Niederlage dieser Partei am 6. November eingetreten ist, zu verschleiern, durch einen gezielten organisierten Terror gegen die Arbeiterklasse zu überwinden. Durch die planmäßige Organisation von Terroraktionen gegen die Arbeiterklasse sollen die rebellierenden SA-Gruppen von der Last der abgrenzt werden, daß die Hitlerpartei alle Maßnahmen des Finanzkapitals und der Großbourgeoisie gegen die werktätigen Massen aktiv unterstützt und daß sie jetzt die offene Koalition mit der Papen-Schleicher-Regierung vorbereitet. Eine Ausweitung dieser verurteilten Vorbeuge, die gleichseitig in der Linie der verhärteten Durchführung der faschistischen Diktatur des Bourgeois und der Vorbereitung neuer Terrormaßnahmen

gegen die Arbeiterklasse liegt, waren die gestern im ganzen Chemnitzer Stadtgebiet durchgeführten Überfälle von SA-Banden auf einzelne Arbeiter und Arbeitergruppen. Der schwerste Zusammenstoß spielte sich in der inneren Stadt ab, wo die Nationalsozialisten planmäßige Überfälle auf sozialdemokratische Arbeiter veranstalteten, die aus der Kundgebung der SPD im Kaufmännischen Vereinshaus zurückzuführen.

Insgesamt wurden durch diese Überfälle durch Schuß- und Stichwunden etwa 25 sozialdemokratische Arbeiter verletzt, von denen 7 in die Krankenhäuser eingeliefert werden mußten.

Zu weiteren Zusammenstößen kam es an der Hartmannstraße und an der hohen Straße, wo SA-Truppe Reichsbannerarbeiter überfielen. An diesem Zusammenstoß waren rund 10 Personen beteiligt.

Wuchtiger Aufmarsch für Liste 3

Gestern fanden in Dresden drei große Kundgebungen der SPD statt. Alle drei waren sehr gut besucht, teilweise sogar überfüllt. Neben den drei Kundgebungen fand im Dreifaltigkeitshof eine Versammlung gegen den § 218 statt, die wegen Überfüllung teilweise geschlossen werden mußte. Die Kundgebungen waren von prächtigem Kampfsitz getragen.

Im „Kulturhaus“ Sternstraße sprachen die Genossen Oberbauer und Habel. Ihre Ausführungen wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen. In kurzen Ausführungen kennzeichnete sie die Rolle der Gemeindeparslamente, der Kommunalverwaltung und der SPD wie der Nazis. 30 Aufnahmen für die revolutionären Organisationen waren der Erfolg des Abends. Außerdem wurden mehr als 15 Mark für den Solidaritätsfonds gesammelt.

Die Versammlung im Schützenhaus war ebenfalls sehr gut besucht. Die Ausführungen des Genossen Oettinghaus über die politische Lage wurden mehrfach von Beifallstürmen unterbrochen. Anschließend sprach der Genosse Schneider. Er zeigte die Rolle auf, die die SPD und die Nazis im Dresdner Stadtparlament spielen und mit welchen Methoden anstelle Anträge von diesen Parteien abgelehnt werden.

Es wurden folgende Aufnahmen gemacht: 3 für die Partei, 4 für die Rose Hille und 2 für die KSO.

In Donats Platz, Laubegast, sprachen die Genossen Göbel und Bergling. Auch hier herrschte Kampfstimmung. Eine Reihe von Resolutionsanträgen für die revolutionären Massenorganisationen wurden gemacht.

Die Versammlungen waren ein mächtiger Ausdruck für die Kommunalpolitik. Sie zeigen die wachsenden Sympathien der Dresdner Werktätigen für die einzige sozialistische Partei, für

die SPD. Jetzt gilt es die letzten Tage und Stunden in rastloser Arbeit auszunutzen zur Massenmobilisierung aller Werktätigen für den Sieg der Listen der Kommunisten.

Drofflung der kommunistischen Presse

Die Süddeutsche Arbeiterzeitung wurde bis einschließlich 18. November verboten, ihre gestrige Ausgabe beschlagnahmt, und zwar auf Grund ihres Kommentars zu den Gesetzen Reichsbannerarbeiter überfielen. An diesem Zusammenstoß waren rund 10 Personen beteiligt.

Hindenburg und Papen wollen „nationale Konzentration“

Am 10. November fand eine Besprechung mit Papen bei Hindenburg statt. Wie gemeldet wird, hat Hindenburg den Kanzler beauftragt, Verhandlungen über die Bildung einer „nationalen Konzentration“ zu führen. Papen soll in diesem Zweck Besprechungen mit den Reichsnationalen, der Hitlerpartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei führen.

In den Besprechungen soll zunächst nur allgemein festgestellt werden, ob die genannten Parteien bereit sind, „auf der Grundlage der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik und der welt-

Jämmerliches Kapitulantengeflamme Löbes zum 9. November

Wolff und Jagenberg loben Löbe und den Vorwärts.
Löbe hielt vom holländischen Rundfunk über die Kapitulantengeflamme zum 9. November, ein jämmerliches Kapitulantengeflamme gegenüber der Vandalenaktion und der frecher antimarxistischen Stellung gegenüber den Arbeitermassen.

Löbe sagte es, den 9. November 1918 als „Strenge zum freien Willen und zum Sozialismus“ zu bezeichnen. So verurteilt er zu verneinen, daß auch nach dem November 1918 dank der Sozialdemokratie das kapitalistische Ausbeutensystem die Herrschaft der Kapitalistenklasse erhalten blieb. Man sollte diese Tatsache doch zu offenbar und so erklärte Löbe, am 9. abzuschnürceln.

Trotzdem blieben diese Erregungen hinter den Erwartungen zurück, die in sozialistischen Kreisen in der ersten verheißungsvollen Periode der Revolution gezeugt wurden. Hier bewahrheitete sich aber in schlagender Weise der Satz von unser Altkämpfer Karl Kautsky schon 1902 in seinen „Kritiken“ in Amsterdam und später in seiner Broschüre über die soziale Revolution geprägt hatte: Daß eine Revolution, die aus einem kriegerischen Zusammenbruch entsteht, so hart und anders ihr fernliegenden Dingen belastet ist, daß sie ihre ursprünglichen Ziele nur in sehr beschränktem Maße verwirklichen vermag.

Wortwüchtig, Herr Löbe, daß die Oktoberrevolution in Deutschland, die auch „einem kriegerischen Zusammenbruch“ folgte, keineswegs mit „herrschenden Dingen belastet“ ist. Vielmehr bis, Herr Löbe, daß in Deutschland infolge der Politik der Sozialdemokratie der Kapitalismus gestützt und gestärkt wurde, während in Rußland dank der Politik der Kommunisten der Kapitalismus und Kapitalismus gestürzt, die proletarische Diktatur errichtet, und die proletarische Demokratie verwirklicht wurde, und in gigantischer Ausdehnung der Sozialismus aufgebaut wurde.

Löbe schwandelte dann, daß in Deutschland „ein allmählicher Aufstieg“ erfolgt sei, ob er damit die Inflation, den Terror und Hungerplan, die Nationalisierung, den Sozialabbau und die Verfolgung der Arbeiterbewegung meint, läßt er dunkel werden und sagt es ganz allgemein zu schwindeln.

Dieser allmähliche Aufstieg währte etwa bis zum Jahre 1929/30 und sein Endergebnis war, daß man von einem Durchbruch der proletarischen Deutschlands zur demokratischen Freiheit und zum sozialistischen Aufbau sprechen konnte. In dieser Entwicklungslinie ist in den letzten Jahren und namentlich seit dem Frühjahr dieses Jahres ein empfindlicher Rückschlag eingetreten.

Unter Müller mit seinen Vorgesetzten hat Kautsky Speisung und unter Brüning mit seinen Hunger- und Unterdrückungsmaßnahmen fast alle Freiheit und sozialistischen Aufbau in Deutschland. Seit im Frühjahr 1932 wurde plötzliches Elend und Faschismus daraus hervorgegangen hat die SPD ja nicht nach dem Frühjahr bis heute das Kapital und Vandalen unterhält, wie es der 20. Juli und der Berliner Verleumdungs bewilligen!

Bestimmend schreibt die Boltsche Zeitung von Rede Löbes:

„Löbes Rede hielt sich von allen radikalen Überstimmungen frei, so daß die holländische Anspielung es über mich zu reden haben wird, ihm ihre Kapitulantendank gewährt zu haben.“

Und das Bild rundet sich ab, wenn man noch sieht, daß der Jagenbergische Sozial-Anzeiger (vom 10. November, die 9. November-Nummer des Vorwärts) lobt:

„Der Vorwärts macht den Eindruck, als ob ihm etwas dämmerte... Ein Fortschritt...“

Das Lob der Bourgeoisie von Müllern bis Jagenberg, zeigt erneut den sozialdemokratischen Arbeitern, daß in den Kampf gegen Hunger und Faschismus, gegen Unterdrückung und Vandalenaktion nur ohne und gegen die Löbe und Co. führen können. Nur in der proletarischen Einheitsfrontaktion an der Seite der Kommunisten.

Hungerstreik politischer Gefangener

Berlin, 11. November.
Die proletarischen politischen Gefangenen der Justizverwaltung in Berlin und Western sind in den Hungerstreik getreten, weil ihnen alle Vergünstigungen entzogen wurden und damit die Justizpolitik praktisch in eine Justizhausstrafe umgewandelt wird. Im Straf- und Unterdrückungsgefängnis Berlin sind die Gefangenen ebenfalls aus Solidarität in den Hungerstreik getreten und kämpfen gegen die unentzöglichen Zustände.

Oberlausitzer SPD-Zeitung erklärt:

SPD gemeinsam mit Papen für Ausrottung der „kommunistischen Pest“!

SPD-Arbeiter! Ist das dein Ziel? — Kämpfe mit uns für den Sozialismus!

Die SPD-Volkszeitung für die Oberlausitz

erklärte in ihrer Nummer 261 vom 7. November:
„Wir werden vor allen Dingen Zeit und Gelegenheit haben, an der...
Überwindung der kommunistischen Pest mitzuarbeiten zu können als bisher!
Nad denn werden wir das wieder haben, was man der werktätigen Bevölkerung genommen hat:
Kaufkraft entsprechenden Anteil an der Staatsgewalt!“

Der Reichskanzler von Papen

erklärte am 5. November im Rundfunk:
„Rein Mittel kann [es] genug sein, die Seiten des Sozialismus in Deutschland mit Stumpf und Eisen auszuräumen, und wir werden auf dem Wege der erproblichen Kultur, auf den uns die Verfassung gestellt hat, unsere Pflicht als
Kautschukhaltende Regierung
reißlos erfüllen!“

SPD-Arbeiter! Vergleiche beide Sätze und ihr könnt erkennen, daß eure Führung sich offen zur Durchführung des von Papen proklamierten Programmes zur Ausrottung des Kommunismus anbietet! Sie verlangen für ihre Selbstbehauptung nur eine: „Ausrottung des Sozialismus“, d. h. Wirtshaus und Staatspolizei! Dafür kämpfen die SPD-Mitglieder, nicht für den Sozialismus!

Rückfragen stellen in der SPD! Antwortet diesen Forderungen des faschistischen Regimes! Macht Schluß mit der Kautschukhaltenden Papen-SPD! Beirrat euch zum Kampfe für den Sozialismus.

terren Absichten des Reichskabinetts“ mit der Regierung zusammenarbeiten. Konkrete Besprechungen, insbesondere mit der Nationalen Konzentration, sind in der Regierung zu erwarten. Die Regierung mahnt, die Nationalen Konzentration zu unterstützen, und teilt mit, daß der Austritt aus einem einzelnen Ministerium gemeint ist. Papen — zu Beginn der Verhandlungen nicht in Frage kommen, jedoch werde, wenn eine Einigung für ein Kabinettsmitglied der „nationalen Konzentration“ erfolgt, Papen diese Zusammenarbeit nicht an seiner Person scheitern lassen.

Die Verhandlungen über die „nationale Konzentration“ haben den Zweck, der Diktaturregierung eine direkte und offene breitere Grundlage zu geben und eine parlamentarische Vorbereitung des Diktaturregimes zu ermöglichen.

Das Diktaturregime (mit oder ohne Papen) bleibt und soll weiter existieren werden;

es soll jedoch, um die wachsende Empörung der Massen zu dämpfen, um die Massen leichter niederzubehalten und die Durchführung des Lohnabbaus und der Verfassungs- und Reichsreform zu erleichtern, offener und direkter durch die „nationale Konzentration“ unterstützt werden. Dem haben bislang nur die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien im Reich. Die Hitlerpartei, das Zentrum und mit ihnen die Sozialdemokratie, die unter oppositioneller Maske als Teil der „nationalen Konzentration“ das Kapital unterstützt, soll die Durchführung neuer Lohnabbauaktionen und der Verfassungs- und Reichsreform erleichtern und die wachsende Empörung der Massen dämpfen.

Diesem Zweck dient auch offenbar eine „persönliche Rede“ zu welcher Papen den SPD-Vizepräsidenten der alten Preussischen Regierung, Braun, eingeladen hat. In dieser Rede soll vor allem die Frage der Reichs- und Verfassungsreform erörtert werden, über die Braun ebenfalls „Rede reden lassen“ wird.

Wenngleich die SPD für Ministerposten zur Zeit nicht in Frage kommt, so soll sie aber noch während des Bestehens der Diktatur bei der Durchführung des Schicksals-Papen-Programms helfen.

Die Arbeitermassen beantworten die Forderungen der Schicksals- und Papen zur „nationalen Konzentration“ mit der proletarischen Einheitsfrontaktion unter Führung der kommunistischen Partei, mit dem entschiedenen Kampf gegen die Diktaturregierung Schleicher-Papen, gegen Hunger und Faschismus!